

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 19. März.

Stadtverordneten-Versammlung.

Halle, 18. März.

Am Vorstandstisch die Herren Lütjatz Föhring und Kaufmann Prohl.

Eingegangen ist ein Gesuch der Mitglieder des Stadtrats um Einsetzung in die städtischen Gebäude in die Obergeschossige. Die Sache wird am 4. Wochenrückgeleitet, bis der Magistrat zu ihr Stellung genommen hat. Eine Mitteilung um Pensionserhöhung wird dem Pensionsausschuss überwiesen. Die Eingabe eines Feuerwehrtmannes um Gewährung von Ruhegehalt geht an den Rechts- und Verwaltungsausschuss. Eine Eingabe der Petrusgemeinde und des Frauenvereins dieser Gemeinde um Errichtung einer Kinderbewahranstalt in Cröllwitz wird dem Petitionsausschuss übergeben.

Punkt 1 betrifft die Verlängerung der

Strassenbahn nach Büschdorf-Schönnewitz.

Herr Stv. M. i. e. l. referiert über folgende Vorlage:

Der Magistrat sieht mit dem Kreisabschluss des Saal- zehes leit Ober v. S. wegen Betriebs einer Straßenbahn nach Büschdorf, Schönnewitz und Reibeburg in Verbindung. Von vornherein hat er in Uebereinstimmung mit der Straßenbahn-Deputation dieses Projekt als im Interesse der Stadtgemeinde liegend angesehen. Denn die städtische Straßenbahn muß, da ihre Linien kein Hinterland besitzen, das durch Ausweitung der Bebauung eine Vermehrung der Fahrgäste von selbst ergibt, im allgemeinen betriebl. sein, neues Terrain zu erschließen.

Weiterhin kann nicht bestritten werden, daß gerade der Osten der Stadt eine engere Verbindung mit deren Innern dringend bedarf. Endlich erschien es angeeignet, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die schon mit der Gemeinde Büschdorf wegen Ausführung ihrer Bahnlinie in Verhandlung getreten war, um so mehr zuzuwinkeln, als angesehen vorliegt, daß nicht nur eine einzelne Straßenbahn, sondern eine mit der Linie Halle-Merseburg zu verbindende Fernbahn beabsichtigt wird. Der Magistrat hat daher bereits vor Einigung mit dem Kreisabschluss für nötig gehalten, die Genehmigung einer Bahnlinie vom Marktplatz Halle nach Reibeburg bei der Bahnaufsichtsinstantz zu beantragen, indem er sich vorbehielt, die Feststellung der Beteiligung des Kreisabschlusses einem späteren Abkommen zu überlassen. In letzterer Beziehung war zunächst von dem Gedanken ausgegangen, daß der Kreis eine gewisse Zinsgarantie bieten solle. Später trat der Plan auf, Gewinn und Verlust zwischen Kreis und Gemeinde nach der Länge der Bahn und dem Verkehr in den beiderseitigen Gebieten zu verteilen. Mit Rücksicht aber auf die Schwierigkeit, welche das Finden eines hierzu geeigneten Maßstabes bot, ist der Magistrat schließlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es am angemessensten sei, die Bahn — und zwar zunächst unter Beschränkung auf die Strecke bis Schönnewitz — auf alleinige Kosten der Stadtgemeinde zu bauen und mit dem aus dem städtischen Elektrizitätswert entnommenen zu bezahlen.

Aus dem Projekt ergibt sich, daß der Streckenausbau innerhalb der Stadtgrenze (2,4 Kilometer), da die Mitbenutzung der Linie der Stadtbahn vom Hauptbahnhof bis zur Freimileiderstraße durch § 6 des Vertrages vom 5. April 1906 garantiert ist, 40 000 Mk., der Streckenausbau außerhalb der Stadtgrenze (3 Kilometer) 158 000 Mk. und das rollende Material 120 000 Mk., oder die gesamte Feststellung 318 000 Mk. kostet. Ebenso ist aus der vorgelegten Rentabilitätsberechnung zu ersehen, daß einsteifig der Verzinsung und reichlicher Tilgung des Anlagekapitals mit ca. 32 000 Mk. eine Gesamtfahrgastenausgabe von rund 98 000 Mk. zu erwachsen wird, zu deren Deckung eine Verbesserung von

täglich ca. 2700 Personen

erforderlich ist. Ob dieses Ziel von vornherein erreicht wird, erscheint zweifelhaft. Aus den obenangeführten Gründen aber und da erfahrungsgemäß das Vorhandensein einer Straßenbahn den Verkehr und den Ausbau des beteiligten Stadtteils ungewöhnlich hebt, glaubt der Magistrat, in nicht zu ferner Zeit eine Rentabilität der Linie erwarten zu können.

Wie der Referent ausführt, sollen 6 Motorenwagen modernster Konstitution mit Luftdruckbremse zum Preise von je 20 000 Mk. = 120 000 Mk. beschafft werden. Die Mittel zur Durchführung des Projekts stehen in der Anleihe. Die Bahn wird unserer Stadt neuen Verkehr zuführen, der der Geschäftswelt zugute kommt; die Bebauung des Ostens wird einen starken Impuls erhalten, und auch in lokaler Hinsicht hat die Bahn ihren Wert, sie befördert die Arbeiter aus unseren Zäufeln für 10 Pfg. rasch und bequem in ihre Wohnungen zurück.

Herr Stv. M. i. e. l. befragt das Projekt. Wir legen eine halbe Million auf ein Pflasterwerk. Herr Bürgermeister v. Hoff hat diesen Standpunkt für recht vertretbar. Wir müssen unserer Straßenbahn, die kein Hinterland hat, Entwicklungsmöglichkeit schaffen. Die Bahn wird zuerst nicht rentieren, aber mit der Zeit wird sich das ändern. In Halle haben wir zu lange gedauert, unsere Straßenbahnen in eigene Regie zu nehmen. Der Ankauf der Stadtbahn ist wiederholt veräußert, jetzt läßt sich das Verkaufen kaum nachholen. Die Stadtbahn soll leicht 5 Millionen März kosten. Das Opfer wollen wir nicht bringen, angesichts der Tatsache, daß die Stadtbahn 1920 kostenlos an die Stadt als Eigentum fällt. Aber wir wollen neue Straßenbahnen schaffen, so demnach eine Linie vom Markt, Schmeerstraße, Alter Markt, Zwingerstraße, eventuell bis zur Werberstraße.

Herr Stv. M. i. e. l. hält das Geschäft aus nicht für gut; wir bringen ein Opfer mit der Bahn nach Büschdorf; aber wir müssen die Bahn bauen, sonst schafft sich die Stadtbahn wieder auf lange Jahre hinaus eine neue Linie. Die Bahn erschließt den Osten und hilft ihm zu einer Entwicklung. Die Herren Stv. Süllmann, Kober und M. e. n. e. r. äußern sich gleichfalls und empfehlen die Linie. Im Kreisabschluss sei man einmütig für den Bahnbau gewesen, man habe dem Magistrat sogar Vorarbeiten gemacht, das habe Projekt nicht schon vor Jahren eingebracht worden sei.

Herr Stv. M. i. e. l. gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Magistrat recht bald mit neuen betriebl. Vorlagen kommen möge, die durchaus im Interesse unserer Stadt liegen.

Die Vorlage wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Punkt 2 betrifft die Erweiterung der Gasanstalt.

Wie der Referent Herr Stv. Höfchele ausführt, legt der Magistrat ein Projekt vor, wonach die Gasanstalt I auf 120 000 Kubikmeter höchste Tagesleistung ausgebaut werden soll. Die Kosten hierfür sind auf 960 000 Mk. veranschlagt worden. Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, das Projekt zu genehmigen und den Betrag von 960 000 Mk. aus Anleihenmitteln zu bewilligen. Die Erweiterung wird zum Teil dadurch veranlaßt, daß die Gasanstalt II, die allerdings in ihren Einrichtungen schon veraltet war, demnächst abgebrochen wird, da das Terrain gegen den Triangel am Markthaltheater, den der Zistern der Stadt kaufweise überläßt, ausgeteilt wird. Die Veranlagung bewilligt 693 000 Mk. Die übrigen Kosten sollen durch die Vorlage zum neuen Hochbau-Dezernenten nachgeprüft, berücksichtigt werden; man hofft noch auf Abstriche.

3. Der Magistrat hat beschloffen, die Etatsstelle VI A II 3 „Dienstfreien und Reisekostenentgeltungen für persönliche Vorstellungen“ für das Rechnungsjahr 1911 um 1500 Mark aus Kap. XX 11 des Hauptetats zu verlasten.

Wie Herr Stv. Höfchele ausführt, sind im Rechnungsjahre 1911 die 6700 Mk. betragenden Mittel der Etatsstelle VI A II 3 besonders stark in Anspruch genommen worden, u. a. auch durch die infolge Neubelebung mehrerer Amtsstellen hervorgerufenen Kosten für persönliche Vorstellungen von Bewerbern. Trotzdem würden die etatsl. Mittel, die Ende Februar 1912 noch mehr als 700 Mk. betragen, ausgereicht haben, wenn nicht anlässlich der Wahl eines neuen Stadtbaurats außergewöhnlich hohe Kosten für Befähigungszeugnisse und für persönliche Vorstellungen von Bewerbern um dieses Amt notwendig geworden wären. Die Etatsmittel sind infolgedessen jetzt bereits um ein Geringses überschritten worden. Es sind außerdem im März 1912 noch weitere hohe Kosten für jene Zwecke zu erwarten, namentlich anlässlich der Gewinnung eines neuen Direktors für das Stadtmagazin. Der Magistrat schätzt den Mehrbedarf gegen das Etatsoll auf 1500 Mk.

4. Der Photograph Richard Schröder hier will auf seinem Grundstück Steinweg 12 einen Neubau in der planmäßigen Grundstückgröße errichten. Nach dieser entfällt eine Parzelle von 13 Quadratmeter Größe aus der Straße zum Grundstück. Herr Schröder hat sich erboten, der Stadtgemeinde für das Land den geforderten Preis von 75 Mk. pro Quadratmeter zu zahlen. Die Veranlagung genehmigt den Verkauf. (Ref. Herr Stv. G. r. e. m. e. r.)

5. Der durch Gemeindefeststellung vom 30. November 1903 festgelegte Grundrissplan für den Angerweg zwischen Reißstraße und Halberstädter, Eisenbahn liegt für die städtische Gewerke- und Bauverwaltung vor. Es erscheint sich im Verkehrsinteresse, die feinergeteilt festgelegte Grundstücksanlage an dieser Stelle aufzugeben und ihr eine neue Führung zu geben. — Man stimmt zu. (Ref. Herr Stv. B. o. e. d. e.)

6. Für die Talstraße zwischen Heuberg und Birkenallee ist ein Höhenplan noch nicht festgelegt worden. Die Grundstücksmessung der Höhe ist jedoch gegeben. Die Veranlagung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. S. c. h. u. l. z. e.)

7. Der Magistrat beantragt, die bei Ausgabenteil B 2 des Hospitalrats mit 659,51 Mk. eingetretene Ueberweisung aus dem Hospitalvermögen nachzubewilligen. Das geschieht. (Ref. Herr Stv. D. e. b. n. e.)

Neubau eines Sparrastengebäudes.

Es referierten darüber die Herren Stv. B. o. e. d. e. und C. o. l. b. e. r. g. Der Bauausausschuss ist, wie Herr Boede darlegt, zu dem Entschluß gekommen, die weitere Bearbeitung des Projekts dem hiesigen Hochbauamt zu übertragen. Das Ausschussamt des Hochbauamts übertragen wird. Die Berliner Firma, die der Magistrat damit betrauen will, verlangt für die Bauleitung 40 000 Mk. Man ist weiter der Ansicht, daß man diese Aufgabe dem neuen Hochbaudezernenten nicht entziehen dürfe. Die Berliner Firma verlangt 1/2 Jahr Baugelt, in der Magistratsvorlage wird aber gesagt, daß das Gebäude am 1. April 1913 bezogen werden soll.

Herr Stv. C. o. l. b. e. r. g. als Referent des Finanzausschusses führt aus, daß im Ausschuss 4 Stimmen für, vier gegen den Magistratsantrag waren. Persönlich bemerkt der Redner, daß der Berliner Architekt Jellen reiche Erfahrung im Bau von Banken und Sparrastengebäuden hat. Baumeister Jellen werde die Aufgabe auch sicherlich in der geplanten Zeit — 1. April 1913 — bewältigen. Den Halle'schen Gewerbetreibenden werde dabei keine Einbuße erwachsen, denn sie erhalten die Lieferung des Materials und der Arbeiten. Unter neuer Hochbauamt soll werde so viele Aufgaben vorfinden, daß er sich nicht mit jenem Bau so intensiu befassen kann, um die rechtzeitig Fertigstellung des Baues zu gewährleisten. Dadurch könne aus aber erheblicher Zinsverlust entstehen.

Herr Stadtrat Dr. T. e. p. e. l. m. a. n. n. sieht in dem Antrag des Bauausausschusses ein Mißtrauensvotum gegen die Sparrastendeputation. Er verteidigt in längerer Rede den Standpunkt der Deputation.

Herr Stv. M. i. e. l. erklärt sich gegen das ganze Projekt. Man hätte das in dem Baublock liegende Privatgrundstück ankaufen sollen, dann würde sich etwas Ganges, Einheitsliches schaffen lassen. Er beantragt Vertagung der Vorlage.

Herr Stv. Höfchele spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Vergabung an die Firma Jellen-Berlin aus. Herr Jellen verlange 22 000 Mk. allein für seine persönlichen Bemühungen bei der Bauleitung. Unser Hochbauamt, das insgesamt doch ein erheblich größeres Maß an Arbeit leistet, als der Sparrastenaubau allein bedeutet, habe dafür im Etat nur 34 900 Mk. zu stehen. Der neue Hochbaudezernent werde sich rasch in die neue Aufgabe hineinfinden und den Bau leisten können. Den Antrag Kober bittet Redner abzulehnen: Das einbringende Privatgrundstück könne die Stadt nicht noch dazu kaufen, dann würde das Projekt noch eine halbe Million kosten.

Herr Stv. G. r. e. m. e. r. spricht im Sinne des Herrn Höfchele. Wir haben jetzt schon in Herrn Kuembsch auf dem Hochbauamt einen sehr fähigen Architekten, der die Aufgabe glücklich lösen wird. Und zu unserem neuen Hochbaudezernenten darf man vollends Vertrauen haben. Der Bau, wo kleine Leute ihre Sparrastlöcher hintragen, braucht kein

Prunfbau zu werden. Es scheint mir, als habe sich die Deputation dem Herrn Jellen gegenüber schon gebunden.

Herr Stv. K. a. l. l. m. e. r. spricht für die Vergabung an die Firma Jellen. Herr Jellen sei Spezialist auf dem Gebiet; Städte, die gute leistungsfähige Hochbauämter haben, hätten ihm den Bau ihrer Sparrastengebäude übertragen. Herr Jellen, der neue Hochbaudezernent, werde ja gewiß auch etwas Gutes schaffen, aber das erfordert doch Zeit, dann kommen wir vor Oktober nicht an den Bau.

Herr Stv. M. e. l. e. erklärt sich dafür, die Ausgabe Herrn Jellen zu überlassen. Er wird uns schon mit sparsamen Mitteln einen trefflichen Bau liefern. Für die paar Wochen Verzögerung kommt es nicht an. Auch das wäre gut, wenn Herr Jellen mit dem Auftrag des Herrn Kober: Ankauf des Mittelbaues, Stellung nehmen könnte.

Herr Stv. Höfchele vertritt nochmals den Standpunkt, daß man die Aufgabe dem Hochbauamt überlassen müsse. Schon jetzt gibt das Hochbauamt als sehr tüchtige Leute drei Architekten, die der Aufgabe gemäßen wären. Und nun kriegen wir noch einen tüchtigen Stadtbaurat.

Nach weiterer Debatte, die insgesamt zwei Stunden dauerte, schritt man zur Abstimmung. Die Veranlagung beschloß mit großer Majorität, den Bau dem hiesigen Hochbauamt zu übertragen.

9. Die Veranlagung erklärt sich damit einverstanden, daß der Vertrag der W. a. r. e. n. h. a. u. s. t. e. u. e. r. des Rechnungsjahres 1911 in Höhe von 14 764,77 Mk. dazu verwendet wird, von der Gewerbesteuerklasse IV den beiden unrentierlichen Stufen die volle Tagessteuer zu erlassen. (Ref. Herr Stv. P. f. a. u. t. s. c. h.)

Punkt 10 — Ehrenpreis für die Hundeausstellung — fällt aus.

Die Punkte 11—20 betreffen Rechnungsanstellungen. Die Entlassung wird ohne Debatte ausgesprochen. (Ref. Herr Stv. H. e. l. m. e. d. e.)

Außerhalb der Tagesordnung referiert Herr Stv. S. p. i. n. d. l. e. r. über eine Eilfrage: Verpachtung von 25 Ackerplätzen des neuen Friedhofs an der Dessauerstraße. Es hat sich ein Käufer gefunden, der 30 Mk. pro Morgen zahlen will. Die früheren Käufer reflektieren nicht mehr darauf, da die Pläne nur auf 1 Jahr verpachtet werden können.

Herr Stv. G. e. m. e. r. schließt aus der Vorlage, daß diese Lage die Gebäude des Friedhofs noch nicht errichtet werden dürfte, weil dies dem wir haben dringenden Bedarf an neuen Begräbnisplätzen.

Herr Stadtrat K. i. c. h. t. e. r. entgegnet, zunächst müßte der Kanal gebaut werden, dann werde man Drainagen legen und danach werde man unzerüchlich mit dem Bau beginnen. Die Verpachtung wird genehmigt.

Vortragsabend der Armen-Direktion.

Am 13. März veranstaltete die hiesige Armen-Direktion wiederum einen gut besetzten Vortragsabend für die sämtlichen ehrenamtlichen Organe der Armenverwaltung. Nachdem Herr Stadtrat Dr. T. e. p. e. l. m. a. n. n. die erschienenen Mitglieder der Armen-Direktion, Bezirksvorsteher, Armenpfleger und Waisenpflegerinnen begrüßt hatte, leitete er mit einigen Worten die beiden Vorträge der Herren Vaitor von Wodtke und Magistratsassessor Dr. Hoffmann ein.

Herr Vaitor v. Wodtke, welcher seit etwa 5 Monaten als Agent und Schriftführer der Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt, sowie des Gefängnisvereins für die Stadt Halle wirkt, gab in auferordentlich feinseltender Weise ein anschauliches Bild von der „Nürtinger Arbeit der Gefängnisvereine“. Seine auch durch einige statistische Zahlen ergänzten klaren und warmherzigen Ausführungen waren geeignet, mancherlei mißverständliche Aufstellungen über den Wert dieser Fürsorgearbeit für unser Stadt, insbesondere aber die hier und da gehegten Befürchtungen zu zerstreuen, daß durch die Tätigkeit der Gesellschaft Halle ein Sammelpunkt für Straftatler aus der ganzen Provinz werde. Die Gesellschaft bringt nicht hier orts angehörige Personen damit ihrer ausgesprochenen Tätigkeit in Halle, sondern in die ersten, so genannten „Halle'schen Strafkolonnen“, welche aus von unserer Armenverwaltung jederzeit kostenlos freizuschickende Hilfsbedürftige überwiegen können, wird besonders gegenständig durch ihre Stellenvermittlung. Sie bildet auch einen vorzüglichen Prüfstein für die Arbeitswilligkeit mancher Hülfsbedürftigen. Es kan daher den Herren Bezirksvorsteher und Armenpflegern empfohlen werden, in geeigneten Fällen (möglichst unter Benutzung der roten Arbeitsnachweislisten) von der Einrichtung Gebrauch zu machen und die Tätigkeit der Gesellschaft in jede Weise zu unterstützen.

Sodann erläuterte Herr Magistratsassessor Dr. Hoffmann in klarer, verständlicher Weise, die „Neugestaltung der Arbeiterversicherung durch die Reichsversicherungsordnung“. Auch diesem Redner gelang es, trotz der naturgemäß spröderen und in einem kürzeren Vortrag besonders schwer zu behandelnder Materie die Aufmerksamkeit der Hörer bis zum letzten Augenblick zu fesseln. Namentlich interessierten für die Armenpflege sehr wichtigen Ausführungen über die Neuerungen in der Invalidenversicherung (Rentenrente, Waisenrente, Witwenwende, Waisenausweise usw.). Man wird darauf bitte zurückkommen, vorläufig wurde auf den Artikel in Nr. 1, Jahrgang 7, der „Antifischen Nachrichten“, S. 3 und 4, verwiesen.

Beide Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der anschließende geistliche Teil des Abends wurde durch einige vortreffliche, freiwillig aufgenommene musikalische und deklamatorische Darbietungen von Fr. F. i. m. m. e. l. des Herren Magistratsassessor Dr. Hoffmann, Magistratsassistent M. i. e. r. und Magistratsdiätar W. a. m. e. r. verstanden.

Lichtbildervortrag für Kinder. Am Freitag, den 22. März 5 Uhr nachmittags findet in den „Thalidäen“ der Lichtbildervortrag für Kinder, arrangiert vom Volksbildungverein, statt. Nach dem vorliegenden Programm der spricht dieser Vortrag nicht nur interessant, sondern auch sehr lehrreich zu werden. Der Vortragende, Herr Meinken-Dresdener wird neben einer Anzahl Märchen auch Streifzüge durch deutsche Städte und Gauen und Verwandtschaftsbilder und Kartenbeispiele vorführen. Kinder 10 Pfg., Erwachsene 20 Pfg. Vorverkauf findet nicht statt.

Der Reiseplan unserer heimkehrenden Zugvögel. Nach langjährigen Beobachtungen sind folgende Daten im Durchschnitt die normale Zeit des Eintreffens zu betrachten. Die Vögel kommen am 11. Februar zu uns, der Star trifft am 14. Februar ein, die Bachstelze am 4. März, die Wildtaube am 19. März, des Raichschwänzen am 25. März, die



Schwalbe am 14. April, der Aukud am 26. April, der Piral am 7. Mai.

Fahradverkehr. Gestern Abend gegen 6 Uhr wurde ein der „Nordseeallee“ in der Gr. Ulrichstraße liegendes Fahrrad gestohlen. Vom Dieb fehlt bis jetzt noch jede Spur.

XXVI. Landtag der Provinz Sachsen.

Von unserem m-Berichterstatter.

8. März 1910.

Präsident Graf v. Arnim-Schlössen eröffnet um 10 Uhr die Sitzung bei gleichzeitiger Festsetzung der Tagesordnung, welche unter anderem auch den Bericht der Museumskommission über den Bau eines Provinzialmuseums in Halle a. S. aufweist.

Dr. v. Pöschel-Burg spricht namens der Landesvereinsratskommission über die Wahlen der Mitglieder des neuen Verwaltungsrats der Landesvereinsrats des Provinzialmuseums und über die Zahl. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft besteht aus dem Generaldirektor oder seinem Stellvertreter und sechs von dem Provinziallandtag gewählten Mitgliedern. Der Provinziallandtag wählt außerdem vier stellvertretende Mitglieder. In den Verwaltungsrat wurden gewählt die Hgg. v. Kuffe, Jagendgut, Scherze, v. Hellstorf, Schöder und v. Bodenhausen.

Es folgt der Bericht der Museumskommission über das

Provinzialmuseum.

der vom Abg. Dr. Schönlank erstattet wird. Im Zusammenhang mit der Vorlage an den XXV. Landtag, in der die Errichtung eines Provinzialmuseums beantragt wurde, war ein Projekt zu einem Museumsgebäude ausgearbeitet worden, das dazu dienen sollte, in Uebereinstimmung mit unserer Museumsordnung Altersgegenstände aus prähistorischen und historischen Zeiten in solchem Umfange zu sammeln, daß ein Überblick über die Kultur- und Kunstgeschichte der Provinz gegeben werden konnte. Eine zwingende Notwendigkeit, mit Rücksicht auf die früheren Landtagsbeschlüsse vom Jahre 1908 und die Beschlüsse der in der Museumskommission, ein anderes für ein enger umschriebenes, lediglich das Museum bestimmtes Projekt vorzulegen, lag damals noch nicht vor, da noch zweifelhaft feststand, welche Stellung der Provinziallandtag einnehmen werde, da vor allem nicht einmal zu übersehen war, ob der Bau eines Museums überhaupt eine Mehrheit im Landtage finden werde. Als nun aber im Jahre 1910 der Museumsbau beschlossen und die beantragten Mittel zum Landtage bewilligt wurden, und als gleichzeitig dieselben ausgetreten wurden, daß das Museum auf die Westseite des Museums zu errichten sei, wurde die Frage, in welchem Umfange das Museum zu errichten sei, aufzuwerfen, jedoch nicht nurmehr in der Provinzialverwaltung, sondern auch in der Provinz Sachsen, ein eigenes Forschungsgebiet galt es ein solches sein zu errichten, allerdings für einen Forschungszeitpunkt, in dem gerade die Provinz Sachsen prädestiniert erscheint, eine hervorragende und führende Stellung einzunehmen, weil in ihr als dem Herzen Deutschlands seit der Urgeschichte die verschiedensten Kulturformen, zwischen Kulturkreisen, zwischen Indogermanen und Nicht-Indogermanen, zwischen Kelten und Germanen, zwischen Germanen und Römern, zwischen Deutschen und Slaven. Gerade in der Provinz Sachsen liegt die Lösung vieler Probleme der vorgeschichtlichen Forschung. Bei der Schaffung einer Pflegestätte dieses Wissenschaftszweiges ergab sich hieraus für die Provinzialverwaltung die Notwendigkeit, einen Sachmann heranzuziehen, um die Bedürfnisse seiner Disziplin kennen zu lernen und ihnen gerecht zu werden. Es gelang, für die sachverständige Beratung der Provinzialverwaltung einen Vertreter der modernen prähistorischen Schule, einen Schüler des Professors Dr. Kossinna-Berlin, Herrn Dr. Hans v. Steudtgen in Hannover und Direktor der prähistorischen Abteilung des dortigen Provinzialmuseums, zu gewinnen.

Bei der nun folgenden weiteren Arbeit ergab sich, daß ein Provinzialmuseums-Museum für die Vor- und Frühgeschichte, die das gewaltige Gebiet umfaßt zwischen der Naturgeschichte des Menschen und seiner durch schriftliche Urkunden überlieferten Geschichte, vor allen Dingen eine Darstellungsammlung enthalten muß, die einen Überblick gibt über die Entwicklung der Kultur derjenigen Völker, welche die Heimat des Menschen haben von den ältesten Zeiten an. Von diesen bieten in vorchristlicher Zeit das meiste Interesse die germanischen Völker und die zeitweise ihnen auf dem Boden der jetzigen Provinz Sachsen benachbarten Keltenstämme. Weiterhin handelt es sich dann im wesentlichen um eine Darstellung der Altertumswissenschaft der Germania libera, des von Fremdberrschaft freigebliebenen Germaniens. Im Vergleich zu dem Wissenschaftszweige, der sich auf die Beziehung der Germanen mit Rom bezieht, ist diese Deutsche Archäologie noch verhältnismäßig schwach ausgebaut und doch des Ausbaues im höchsten Maße würdig, ja eigentlich weit würdiger, weil es hier unserer eigenen Völkern ausschließliche gilt.

Der formale Antrag, der zur Beratung steht, lautet: Der Provinziallandtag wolle genehmigen, daß für einen Anbau am Provinzialmuseum und für eine vollkommene Ausstattung des Baues ein Kostenbeitrag von 145 000 Mark aufgewendet wird. — Er wurde in folgender Begründung eingebracht: Da für die erfolgreiche Führung des Landes des Provinzialmuseums eine ausgedehnte Räumlichkeit die wesentliche Vorbedingung ist, hat im Laufe der Jahre die Erkenntnis mehr und mehr an Boden gewonnen, daß die Stadt Merseburg nicht für den Konstruktions geeignete Räumlichkeit ist, weil jeder Verlust an Zeit keine volle Räumlichkeit beeinträchtigt und die Denkmalspflege schädigt. Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit außerordentlich vermehrte Anspruchsansprüche des Konstruktors — überall ist das Interesse und das Verständnis für die Erhaltung der Kunstdenkmäler der Vergangenheit im Wachsen — hat sich der Provinziallandtag entschlossen, um die Erfüllung der Aufgaben des Konstruktors zu erfüllen, seinen Amtssitz nach Halle zu verlegen. Es wird ihm von dort aus bei dem Vorhandensein vorzüglicher und schneller Eisenbahnerverbindungen nach allen Seiten hin weitestläufige und mit geringerem Zeitaufwande möglich sein, eine Begründung an Ort und Stelle, wie sie in den meisten Fällen notwendig ist, vorzunehmen; auch die engere Fühlung mit der Unterwelt wird keinem Wirten von höchst bedeutsamem Nutzen sein. Da die Entscheidung über die Verlegung des Amtssitzes in die Zeit der Inangriffnahme der Arbeiten zum Museumsbau gefallen ist, stehen der Verwirklichung des Gedankens, die Geschichtsräume des Konstruktors mit dem Museum in Verbindung zu bringen, keine Hindernisse entgegen. Verschiedene Gründe sprechen dafür, daß dem Konstruktors liegt auch der Schutz der vorgeschichtlichen Denkmäler ob, den er bei der Natur der vorgeschichtlichen Wissenschaft als einer Spezialwissenschaft nur durch ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit dem Leiter des Provinzialmuseums in entsprechender Weise ausüben imstande ist. Es kommt weiter in Betracht, daß die wertvollen und zum Teil unersetzlichen Bestände des Archäologen des Konstruktors eine zuverlässige Sicherung gegen Feuersturm und Einbruch dringend erfordern, die in einem Museumsbau auch nicht annähernd in gleichem Maße erreicht werden kann; die Trennung des Archäologen von den

Arbeitsräumen des Konstruktors ist, da es ständig zur Hand sein muß, ausgeschlossen. Diese Zwecke würden sich durch die Schaffung von Räumen in einem von Professor Wilhelm Kreis, dem erlaubenden Architekten, geplanten Anbau an das Museum am besten erfüllen lassen. Es hat sich nun bei der Ausarbeitung des Projektes ergeben, daß einzelne Summen des ersten Kostenausschlags für die Anforderungen, die zu stellen sind, etwas zu niedrig angenommen worden waren, und daß bei der Einbeziehung von 75 000 Mark für die innere Einrichtung dieser Forderungen nicht in der Schaulammlung gerechnet werden; die dadurch verursachten Mehrkosten von je 6 Mark für 4500 Quadratmeter Flächenbedeckung betragen 27 500 Mark. Ein dem Charakter des Gebäudes besser entsprechender Fußbodenbelag an Stelle des zuerst ins Auge gefassten geringen Materials würde 9250 Mark erfordern. Die, wenn auch nur in mäßigen Grenzen gehaltenen Ausschläge von je 3 1/2 bis 4 1/2 Mark pro qm zu 211 500 Mark zu erhöhen und eine detaillierte Ausschlagung der höheren Flächenbedeckungen wird nicht entbehrt werden können zur Behebung des Bauwerks; damit wird eine Bestimmung zugleich äußerlich angeordnet. Das Modell zeigt, in welchen Grenzen die bündnerische Ausschlagung sich halten soll, für die 23 295 Mark beantragt werden. Für Nebenarbeiten, wie die Einrichtungsarbeiten usw., werden 18 000 Mark ausreichen. Insgesamt betragen diese Ergänzungsforderungen 75 000 Mark, und es werden, wenn diese Summe die Billigung des Landtages findet, für die innere Einrichtung 50 000 Mark zur Verfügung stehen. Mit dieser Summe wird den notwendigen Anforderungen Genüge gesehen können, so daß eine Erhöhung auf die im ersten Antrage dafür eingelegten 75 000 Mark nicht beantragt zu werden braucht.

Namens der Kommission empfiehlt der Redner die Annahme der Vorlage.

Der Direktor des Provinzialmuseums, Herr Friedländer, Dr. Hans v. Steudtgen, gab dann in kurzen Umrissen ein Bild von dem Plane, der bei der inneren Einrichtung des Museums befolgt wurde, und wies besonders darauf hin, daß die Provinz Sachsen wie kaum eine andere mit Recht ein solches Museum für deutsche Geschichtsforschung besitzen müsse, da Sachsen eines der bedeutendsten Lande seien in der Vorkristi. Darstellungen aus dieser Periode sollen im Hauptgeschloß des Gebäudes untergebracht werden, und zwar nicht in der Form eines bloßen wissenschaftlichen Instituts. Die Anlage soll vielmehr so gehalten werden, daß weiteren Kreisen in übersichtlicher Weise vor Augen geführt wird, was durch wissenschaftliche Arbeit geleistet wurde. Die einzelnen Perioden der Geschichte unserer Provinz sollen durch Darstellungen anderer, ausländischer Kulturdenkmäler aus der gleichen Epoche nicht der allgemeinen Menschheitsgeschichte in Beziehung gesetzt werden. Auch die Ergebnisse anthropologischer und sprachvergleichender Studien sollen zur weiteren Orientierung herangezogen werden. Die schon jetzt reichhaltige Sammlung unseres Provinzialmuseums soll durch eine Reihe von künstlerischen Zutatzen noch bereichert werden, so daß das Museum in Wahrheit eine wissenschaftliche und zugleich vollständige Darstellung deutscher Geschichte darstellt.

Der Antrag der Kommission wurde angenommen.

3. Abg. Dr. Gerhardt: Eine nähere Verbindung zwischen Kommission und Verwaltung soll geschaffen werden. Die Kommission macht nur unzureichende Vorkenntnisse und formuliert den Antrag folgendermaßen: „Der Provinziallandtag, der Beschlüssen der Kommission des Provinzialmuseums wird vom Landtage eine Rechnungs-Kommission von 7 Mitgliedern gewählt, von welchen drei zugleich dem Provinzialauschusse angehören. Diese Kommission bleibt auch nach Schluß des Landtages bis zu ihrer Neuwahl in der nächsten Landtag in Tätigkeit und verkehrt sich in der Zwischenzeit nach ihrem Ermessen, so oft die Geschäfte es erfordern. Für Mitglieder der Kommission, welche in dieser Zwischenzeit ausscheiden, wird der Provinzialauschuss ermächtigt, aus der Zahl der Landtagsabgeordneten Ersatzmann zu ernennen.“ Es wurde nach Ansicht des Referenten vorgezogen, wenn ein neuer Absatz hinzugefügt würde, daß für die Mitglieder drei Stellvertreter bestimmt würden. Wünschenswert wäre es auch, daß ein Mitglied Beurlaubungsbedürftiger sei. Die Kommission hat aber davon abgesehen, diesen Wunsch als Antrag zu formulieren.

Der Landeshauptmann erklärt, daß die Provinzialverwaltung mit dem Vorschlage der Rechnungs-Kommission durchaus einverstanden sei.

Abg. Dr. Gerhardt berichtet auch über die Prüfung und Entlastung von 113 Rechnungen. Es wurde darauf hingewiesen, Darlehen nicht auf längere Zeit hinaus zu einem festen Zinssatz auszugeben, sondern sich die Möglichkeit zu reservieren, den Zinssatz zu erhöhen. Es wurde auch bemerkt von dem Berichterstatter, daß manche Dienststellen zusammengelegt werden können. Auch sollen für kleinere Stellen die Ausgaben etwas reduziert werden. Weiter wurde festgestellt, daß von einer laufenden Rechnung Sparmaßnahmen im Extrabudgetum gemacht wurden. Beiträge zur Unterhaltung von Chauffeuren, die durch Lastautomobile besonders in Anspruch genommen werden, sollen von einem größeren Teil privater Unternehmungen eingefordert werden. Dienstleistungen, die die Provinz beziehen soll, sollen nicht jährlich, sondern vierteljährlich der Kasse aufliegen. Die Rechnungsprüfung kann in noch größerem Umfange der Provinzialverwaltung nutzbar gemacht werden. — Vom Hause wird Entlastung erteilt.

Ueber Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben in den Rechnungsjahren 1909 und 1910 berichtet Abg. Dr. Schönlank. 1909 seien sehr hohe Ueberschreitungen gemacht worden, 1910 ebenfalls, die gewöhnlich Anhalten usw. betreffen. Die Einnahmen für durch höhere Steuern auch bedeutender gewesen. 1910 waren 77 000 Mark mehr Einnahmen zu verzeichnen. Der Bericht hat sonst zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Es wäre vielleicht gut, die Stempelgebühren auf das Darlehen anzurechnen. — Die Vorlage wird un verändert angenommen.

Eine neue Fährgefahr.

Abg. Banja-Quedlinburg erstattet den Bericht der Kommission für die neue Landes-Erziehungsanstalt über die Provinzialauschussvorlage, betreffend Errichtung einer neuen Landes-Erziehungsanstalt für schulpflichtige männliche Zöglinge evangelischen Bekenntnisses. Es wurde beschlossen, ob nicht die Landes-Erziehungsanstalt von Landstedt zu verlegen sei. Man hat die Anstalt damals in Landstedt als einen kleinen schulpflichtigen Schüler empfunden. Wenn aber die Herren gahnt hätten, daß das Projekt über 1 Million ausmache würde, hätten sie sich wohl sehr bedonnen. Die Kommission hat sich zuerst mit der Bedürfnisfrage befaßt und geprüft, ob das Landstedter Erziehungsheim mit einer anderen Provinzial-Anstalt zusammengelegt werden kann. Da die Erziehungsanstalt zu Nordhausen lediglich zur Unterbringung schulpflichtiger Knaben und Mädchen bestimmt ist, und deshalb die Unterbringung eines Anstalts für männliche Zöglinge, die erst nach der Schulzeit im Alter von 14-18 Jahren übernommen werden, schweren erheblichen Bedenken unterliegen würde, könnte für die Zusammenlegung nur die Erziehungsanstalt zu Worbis in Betracht kommen. Diese Anstalt ist bekanntlich auch zur Aufnahme von schulpflichtigen männlichen Zöglingen evangelischen Bekenntnisses bestimmt. Die Höchstbelegungsziffer

hat aber, wie wir bereits in unserer Vorlage vom 17. Januar 1910 ausgeführt haben, auf 75 Zöglinge beschränkt werden müssen, weil die Anstalt zur Erziehung der schulpflichtigen Elemente unter den Fährgefahrgefahren dienen soll und es von erzieherischen Standpunkte aus bedenklich sein würde, eine noch größere Anzahl derselben Zöglinge in einer Anstalt unterzubringen. Es kommt hinzu, daß die Erziehung besser gearteter Zöglinge, wie sie bisher in Landstedt untergebracht sind, nachteilig beeinflusst werden würde, wenn sie mit den Worbisger Zöglingen zusammengebracht werden würden. Für die Unterbringung dieser Zöglinge würden demnach unter Annahme eines schulpflichtigen Elementes von durchschnittlich zwei Jahren für die ersten vier Überlebenden von einem Jahre für die aus dem Lehr- und Dienststellen zurückgebliebenen für die schulpflichtigen, schon sehr früh gesunkenen Zöglinge ein Anstaltsbeitrag nötig. Die Kommission hat sich von der Notwendigkeit unbedingt überzeugt, daß es nicht aber eine neue Anstalt gebaut werden? Könnte nicht die Anstalt Landstedt dieselbe ausgebaut werden? Die Umgebung von Landstedt gibt Gelegenheit zur landwirtschaftlichen Beschäftigung. Nun hat aber Landstedt eine Quelle mit einem ganz vorzüglichen Wasser. Der Betrieb bezüglich der Verpachtung der Quelle läuft meistens ab und die Provinzialverwaltung hat die Absicht, aus der Quelle nun größeren Nutzen zu ziehen. Im Interesse dieser Quelle ist es nicht empfehlenswert, daß die Anstalt in Landstedt an der Stelle bleibt, wo sie heute liegt, weil der Wasser der Quelle den Weg für Vergrößerung nötig hat. Die Anstalt Nordhausen ist mit 100 Zöglingen belegt. Es würde aber einen ganz erheblichen Eingriff in das System bedeuten, wenn man dieser Anstalt für schulpflichtige aus schulpflichtigen Zöglinge zuteilen würde. Die Anstalt in Nordhausen steht mit Recht im Ruf einer Musteranstalt. Es wurde bei der Beschäftigung festgestellt, daß von Nutzen in der Anstalt nicht die Rede sein kann. Die Anstalt ist aber mit einiger Geduld gebaut, die Wege usw. sind sehr breit. Im übrigen ist die Kommission der Ueberzeugung, daß die Anstalt in Nordhausen ganz vorzüglich geleitet wird. Es könnten vielleicht noch 20 bis 30 Zöglinge aufgenommen werden, die Kommission hat sich den erwähnten Bedenken aber doch nicht verschließen können. Auch zeigt, wo die schulpflichtigen Elemente untergebracht sind, kann kaum in Frage kommen, weil es nicht rätlich ist, minder leistungsfähige Zöglinge mit den dortigen ganz vornehmen Subjekten in Verbindung zu bringen. Es scheidet die Einföhrung an eine der bestehenden Anstalten also aus. Die Kommission hat sich deshalb mit der Unterbringung der Zöglinge in Privat-Anstalten befaßt. Die Kommission hat sich auf Grund dieses Sachverhaltes entschlossen, den Provinzialauschuss durch die Annahme nicht zu empfehlen. Dieser Antrag lautet: „Der Provinziallandtag wolle beschließen: eine neue Landes-Erziehungsanstalt für 120 schulpflichtige männliche Fährgefahrzöglinge evangelischen Bekenntnisses nach dem vorgelegten Projekte bei Burg zu errichten; die Herausgabe a) von je 87 500 Mark für den Ankauf des erforderlichen Grund und Bodens, b) von je 43 000 Mark für die Errichtung der Gebäude und der Nebenanlagen, c) von je 17 500 Mark für die innere Einrichtung während der Rechnungsjahre 1912 und 1913 und die Befugnis der Beträge zu a und b aus einer aufzunehmenden Anleihe, des Betrages zu c) aber aus laufenden Mitteln genehmigen.“

Die Kommission schlägt dem Hause aber folgenden Antrag zur Annahme vor:

Der Provinziallandtag wolle: A. den Antrag des Provinzialauschusses auf Errichtung einer eigenen Landes-Erziehungsanstalt für schulpflichtige männliche Fährgefahrzöglinge evangelischen Bekenntnisses zur Zeit ablehnen.

B. den Provinzialauschuss ermächtigen: einem oder mehreren Vereinen, welche sich verpflichten, bis zu 120 schulpflichtige männliche Fährgefahrzöglinge evangelischen Bekenntnisses nach den von der Provinzialverwaltung aufzustellenden Grundplänen anfangsmäßig zu versorgen, 1. ein Darlehen à fonds perdu bis zum Gesamtbetrage von 250 000 Mark, 2. ein mit 4 % zu verzinsendes und mit 2 % zu tilgendes Darlehen bis zum Gesamtbetrage von 450 000 Mark, unter folgenden Bedingungen zu gewähren: a) daß die Darlehen hypothekarisch eingetragen werden und einschließliche etwaiger Vorhypotheken den Taxwert der Grundstücke und der Gebäude der Anstalten nicht übersteigen; b) daß bis zur völligen Rückzahlung der Darlehen in die Anstalten nur Zöglinge des Provinzialverbandes aufgenommen werden; c) daß Projekte und Kostenausschläge für neu zu errichtende Anstalten (einschließlich der Auswahl des Nies, an welchem die Anstalt errichtet wird), sowie Haushaltspläne und Jahresrechnungen der Anstalten, der Verlauf und die Verpachtung von Grundstücken der Genehmigung der Provinzialverwaltung unterliegen und dieser auch sonst Einfluß auf die Verwaltung der Anstalten und die Erziehung der Zöglinge in einem von Provinzialauschuss zu bestimmendem Umfange eingebracht wird; d) daß, wenn die Verpflichtungen nicht erfüllen oder in Konkurs geraten, die Darlehen sofort zurückzahlen sind; e) daß im Falle der Auflösung der Vereine die gesamten Vermögens an den Provinzialverband fällt. Die zur Gewährung der Darlehen erforderlichen Mittel durch eine mit 4 Proz. zu verzinsende und mit 2 Proz. und den auszuwendenden Zinsen zu tilgende Anleihe aufzunehmen.

C. Für den Fall, daß dieser unter B angegebene Weg nicht gangbar sein sollte, den Provinzialauschuss zu ersuchen, in eine einmalige Prüfung einzutreten, ob dem bestehenden Bedürfnis nicht vorläufig durch Erweiterung bestehender Provinzialanstalten oder durch vermehrte Unterbringung in Privat-Anstalten innerhalb der Provinz Rechnung getragen werden kann. Zu diesem Zwecke werden dem Provinzialauschuss 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

(Fortsetzung folgt.)

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Z l m e n a u. Montag, 18. März, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Niedriger Druck herrscht nur beinahe ganz Europa; dazu ist eine tiefe Depression bis zum Kanal vorgedrungen und scheint ihren Weg nach der Nordsee zu nehmen. Fortdauer d. etwas windigen, wechselhaften, feuchten, milden Wetters zu erwarten.

Witterungsaussicht für den 19. März:

Mäßiger SE leichter Südwest, wechselhaft, teilweise bewölkt, zeitweise Regen, mild.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

- 20. März: Wenig verändert, teils, fester Wind.
- 21. März: West, leicht, fast, rauher Wind.
- 22. März: West, leicht, Westwinds, fast, windig.
- 23. März: Westwinds, angenehm, windig.

Werte	Preis	Werte	Preis	Werte	Preis	Werte	Preis
Aktien	100.00	Banknoten	100.00	Waren	100.00	Waren	100.00
...